

meldeſcheines (§ 5) von dem Meldepflichtigen bei der Polizeibehörde zu melden. Die Abmeldung hat ſich zugleich mit auf die in § 2, Abſatz 5, 6, 7, 12 genannten Perſonen zu erſtrecken. § 5. Der Wohnungsmeldeſchein. 1. Ueber die erfolgte Anmeldung wird von der Polizeibehörde ein Wohnungsmeldeſchein ausgestellt. Dafür iſt eine Gebühr a. von 50 Pf. für eine Familie und b. von 25 Pf. für eine einzelne Perſon zu entrichten. 2. Der einem Familienhaupte ausgestellt Wohnungsmeldeſchein erſtreckt ſich zugleich mit auf die in § 2 Abſatz 5 und 6 genannten Perſonen. 3. Für die in § 2 Abſatz 5 (leſter Satz) genannten ſelbſtändig zur Anmeldung verpflichteten Perſonen iſt ein beſonderer Wohnungsmeldeſchein auszustellen. 4. Die auf dem Wohnungsmeldeſcheine des Familienhauptes aufgeführten Familienmitglieder ſind, ſobald ſie durch Ausübung eines Berufes, Gewerbes oder ſonſt einer lohn- oder gewinnbringenden Tätigkeit eine eigene Selbſtändigkeit erlangen, verpflichtet, dies binnen einer Woche nach Eintritt dieſes Ereigniſſes bei der Polizeibehörde anzuzeigen und für ihre Perſon einen Wohnungsmeldeſchein zu entnehmen. Dieſe Perſonen bleiben weiter zu ſelbſtändiger Meldung verpflichtet, auch wenn ſie durch Nichtausübung ihrer früheren Erwerbstätigkeit die eigene Selbſtändigkeit wieder verlieren. 5. Die erfolgte Ummeldung wird auf dem Wohnungsmeldeſcheine von der Polizeibehörde koſtenlos nachgetragen. 6. Der bei der Abmeldung gegen Quittung zurückgebende Wohnungsmeldeſchein wird eingezogen. Die Eintragung des Bezuges in die Melderegister erfolgt gebührenfrei. § 6. Haftung der Hauſbeſitzer, Vermieter, Haushaltungsvorſtände uſw. für ordnungsmäßige Meldung. Für die pünktliche An- und Abmeldung ſind perſönlich mitverantwortlich a. die Hauſbeſitzer oder ihre Stellvertreter bezüglich der Perſonen, die bei ihnen eine ſelbſtändige Wohnung gemietet haben, b. die Vermieter und Schlafſtellenwirte bezüglich der Perſonen, die bei ihnen in Untermiete eine Wohnung oder Schlafſtelle inne haben, c. die Haushaltungsvorſtände, Geſchäfts- und Lehrherren, Penſionatsinhaber und Arbeitgeber bezüglich der zu ihrem Hauſſtande gehörenden und ihre Wohnung teilenden Perſonen, namentlich der Hauſlehrer, Erzieherinnen, Penſionäre, Schüler, Geſchäfts- und Gewerbsgehilfen, Lehrlinge uſw. (vergl. jedoch § 7). Sie ſind verpflichtet, die genannten Perſonen innerhalb der Meldefriſt bei der Polizeibehörde vorläufig an- oder abzumelden. Durch die vorläufige Meldung der Hauſbeſitzer, Vermieter uſw. wird die Verpflichtung der Mieter uſw., ſich im Falle des Zuzuges unter Vorlegung der Ausweiſepapiere anzumelden (§ 2) und ſich im Falle des Wohnungswechsels umzumelden (§ 3), nicht berührt. Nur im Falle des Bezuges (§ 4) iſt die durch den Hauſbeſitzer, Vermieter uſw. unter Rückgabe des Wohnungsmeldeſcheines erfolgte Abmeldung als genügend und endgültig zu betrachten. § 7. Beſondere Beſtimmungen für Dienſtboten und Dienſtherrſchaften. 1. Als Dienſtboten ſind Perſonen anzusehen, die durch Dienſtvertrag ſich zur Leiſtung häuſlicher und wirtſchaftlicher Dienſte, jedoch nicht tagweiſe, ſondern auf einen beſtimmten längeren Zeitraum unausgeſetzt gegen eine dafür zu gebende, beſtimmte, wenn auch nach Höhe eines Tages- oder Wochenlohnes berechnete Vergütung verbindlich machen (vergl. § 2 der Revidierten Geſindeordnung für das Königreich Sachſen vom 2. Mai 1892 in der Faſſung vom 31. Mai 1898). 2. Dienſtboten haben ſich binnen 8 Tagen nach Dienſtantritt oder Dienſtaustritt bei der Polizeibehörde an- oder abzumelden. 3. Sie haben hierbei ihr Dienſtbuch und eine von der Dienſtherrſchaft im Dienſtbuche auszustellen Dienſtantritts- oder Dienſtaustrittsbeſcheinigung vorzulegen (vergl. §§ 100—104 der Revidierten Geſindeordnung). 4. Sind ſie von auswärtſ hier zugezogen, ſo haben ſie ſich nach Befinden überdieß gemäß § 2 durch Vorlegung von Ausweiſepapieren gehörig auszuweiſen. 5. Der Meldepflicht iſt auch dann zu genügen, wenn ein Dienſtbote zunächſt nur auf Probe oder nur für kurze Zeit in Dienſt tritt. 6. Dienſtherrſchaften ſind für die ordnungsmäßige Meldung ihrer Dienſtboten mitverantwortlich. Sie ſind berechtigt, die Meldungen an deren Stelle ſelbſt zu bewirken. Nach § 104 der Revidierten Geſindeordnung ſind ſie auch verpflichtet, den Tag des Dienſtantritts und des Dienſtaustritts in das Dienſtbuch einzutragen oder eintragen zu laſſen. 7. Die Dienſtboten haben die in § 5 dieſer Meldeordnung geordneten Gebühren zu entrichten. § 8. Beſondere Beſtimmungen für weibliche Bedienſtete in Schankſtätten und deren Arbeitgeber. Die in Gaſt- und Schankwirtſchaften oder ſonſtigen Schankſtätten zur Bedienung der Gäſte verwendeten weiblichen Bedienſteten (Kellnerinnen, Büfettmädchen, Hauſmädchen uſw.) haben ihre An- und Abmeldung ſpäteſtens an dem auf den An- oder Austritt folgenden Tage unter Vorlegung der Ausweiſepapiere und, ſoweit minderjähriges gewerbliches Perſonal in Frage kommt, des behördlich ausgestellten Arbeitsbuches zu bewirken. Für die rechtzeitige Meldung ſind die Arbeitgeber mit verantwortlich. Dieſe Meldepflicht gilt auch für Bedienſtete, die nur aushülſſweiſe beſchäftigt werden, ſobald ihre Beſchäftigung mindestens an zwei aufeinander folgenden Tagen ſtattfindet. § 9. Erlaß der Meldegebühren. Almoſenempfängern und ſonſtigen unbemittelten Perſonen kann auf ihr Anſuchen die Meldegebühr erlaſſen werden. Die Bedürftigkeit iſt vom Geſuchſteller auf Verlangen nachzuweiſen. § 10. Verpflichtung zur Vorlegung und Aufbewahrung des Wohnungsmeldeſcheines. Der Wohnungsmeldeſchein iſt den zur Meldung mitverpflichteten Perſonen auf Verlangen nach jeder Meldung einmal und nachfragenden Polizeibeamten jederzeit vorzulegen. Er iſt gut aufzubewahren.

**B. Die Meldung der Fremden.** § 11. Die vorübergehend in Gaſthäuſern wohnenden Fremden. 1. Die Fremden ſind von den Gaſtwirten mittelſt der vorgeschriebenen Fremdenmeldezettel innerhalb der nachgeordneten Friſten an- und abzumelden. 2. Die Gaſtwirte haben den Fremden ſofort nach ihrer Ankuſt Anmeldezettel vorzulegen und dafür Sorge zu tragen, daß die Zettel den einzelnen Spaltenüberſchriften gemäß von den Fremden ſelbſt in leſerlicher Schrift ausgefüllt werden; die nach dem Vordrucke nicht von den Fremden zu bewirkenden Eintragungen (Datum, Ueberschrift, Unterſchrift uſw.) haben durch die Wirte oder durch ihre Vertreter zu erfolgen. 3. Unleſerlich ausgefüllte Meldezettel ſind von den Gaſtwirten auf Erfordern in deutlicher Schrift zu ergänzen. Kann ein Fremder